

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 39 (1992)
Heft: 11-12

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

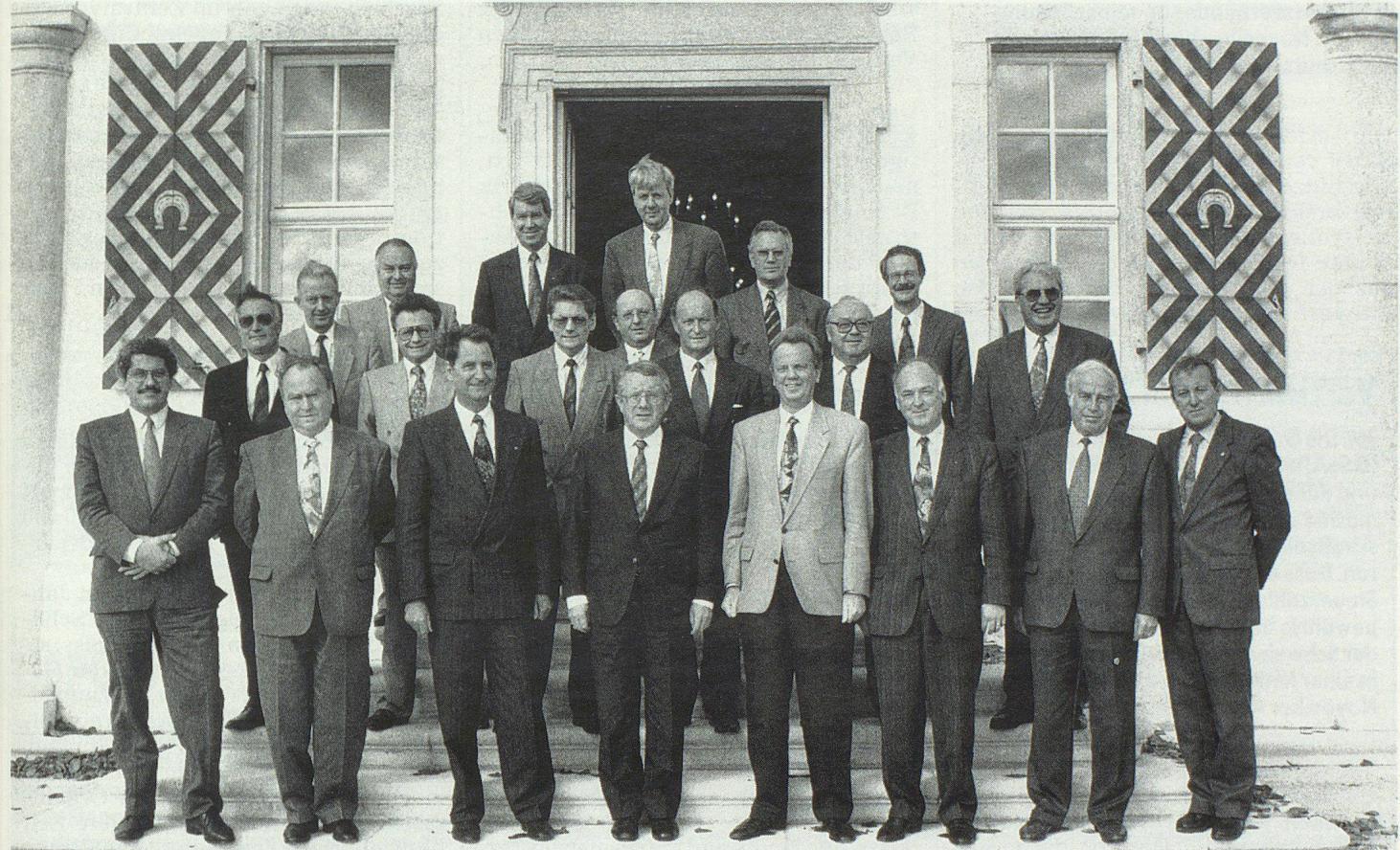
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Marschrichtung wurde bestimmt

Die Zivilschutzdirektoren tagten in Solothurn



Die Tagungsteilnehmer vor dem Schloss Waldegg, wo die Jahresversammlung durchgeführt wurde.

(Fotos: zvg)

Die Jahrestagung der Zivilschutzdirektoren fand am 29. Oktober im Schloss Waldegg in Feldbrunnen-St. Niklaus SO statt. Unter dem Vorsitz von Regierungsrat Toni Wolfisberg, Obwalden, und im Beisein von Bundesrat Prof. Dr. Arnold Koller, Vorsteher des EJPD und Direktor Paul Thüring, BZS, Bern, wurde die Marschrichtung hinsichtlich «ZS 95» festgelegt.

ze. Ususgemäß findet die Jahresversammlung der Zivilschutzdirektoren abwechselungsweise in einem der Kantone statt. Dieses Jahr durfte der Kanton Solothurn die Tagung organisieren und beherbergen.

Nach Abwicklung der statutarischen Geschäfte standen die beiden Referate von Bundesrat Arnold Koller und Direktor Paul Thüring im Vordergrund. Beide Referenten setzten sich mit dem «Zivilschutz 95» auseinander. Dr. Koller sprach sich energisch gegen Moratorien im Bau- und Ausbildungsbereich aus. Es gehe nun darum, dem Leitbild «ZS 95», welches durch die Eidgenössischen Räte verabschiedet wurde, gesamt schweizerisch zum Durchbruch zu verhelfen. Der Ausbildung wird erste Priorität zugeordnet.



Der Solothurner Regierungsrat Peter Hänggi bei der Begrüssung von Bundesrat Arnold Koller.

Der schweizerische Zivilschutz könne, trotz finanziellen Einsparungen, das Leitbild in allen Teilen umsetzen. Allerdings dürfe nun gegenüber dem Zivilschutz keine neue Sparrunde ange setzt werden.

Bundesrat Koller verlangt von den Kantonen, dass sie den Zivilschutz ernst nehmen und sich bei der Verwirklichung des Leitbildes konsequent zei gen. Direktor Paul Thüring stellte in seinen Ausführungen die konkreten Massnahmen des «ZS 95» in den Mittelpunkt, zeigte die Organisations strukturen auf und gab einen Überblick über die finanziellen Auswirkungen seitens des Bundes gegenüber den Kantonen und Gemeinden.

In der anschliessenden, sehr rege be nützten Diskussion gaben sowohl Bundesrat Koller als auch Direktor Thüring erschöpfend Auskunft. Der Bund hat den Kantonen seine Bereitschaft zur Mithilfe in der Realisierungsphase zugesichert.

Die Tagung endete mit einem Apéro und dem Mittagessen im Hotel Krone in Solothurn. Während des Apéros spielte die solothurnische Zivilschutz Blasmusik, wodurch der Tagung ein besonderes Gepräge verliehen wurde. □

SZSV-Zentralvorstand: rege Diskussion aktueller Themen

JM. Unter Leitung seines Präsidenten, Ständerat Robert Bühler, diskutierte der Zentralvorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes an seiner Sitzung vom 11. November ausführlich aktuelle Zivilschutz-Themen:

Die erfolgreiche Impulstagung des SZSV vom 10. Oktober zum neuen Zivilschutzgesetz trägt Früchte: Der Zentralvorstand nahm Kenntnis von den wertvollen Anträgen der Basis und konnte feststellen, dass erste Anliegen aus der Impulstagung bereits in den Entwurf zum neuen Zivilschutzgesetz

aufgenommen worden sind. Der SZSV wird bei der Erarbeitung des neuen Gesetzes weiterhin aktiv mitwirken. So wird er als nächstes die Anliegen der Basis im bald anlaufenden offiziellen Vernehmlassungsverfahren einbringen.

Dass die Unterbringung von Asylbewerbern ein neues und sinnvolles Betätigungsfeld für den Zivilschutz ist, machte das Referat von Hendrik Baumgartner, Dienstchef und Zentrumsleiter der Zivilschutzorganisation der Stadt Bern, deutlich. Solche anspruchsvolle aber befriedigende humanitäre Einsätze sind gemäss SZSV-

Präsident Robert Bühler zur Nachahmung empfohlen.

Stark zu reden gab im Zentralvorstand die von der GSoA angekündigte unsinnige Initiative zur Abschaffung des Zivilschutzes (siehe Kasten).

Im weiteren beschloss der Zentralvorstand, die Zusammenarbeit mit den Sektionen in der ganzen Schweiz weiter zu verstärken und dem Publikationsorgan des Verbandes, der Fachzeitschrift «Zivilschutz», ein neues Gesicht und einen attraktiveren, leserfreundlicheren Inhalt zu geben. □

Verzicht auf den Zivilschutz käme teuer zu stehen

JM. Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) will den Zivilschutz abschaffen und dabei 715 Millionen einsparen. Dafür möchte sie einen freiwilligen Gemeinschaftsdienst mit Bildungsurlaub einführen. Dass dieses Freiwilligenkorps den Steuerzahler mehr kosten würde als die bewährte bestehende Organisation, hat der Schweizerische Zivilschutzverband in einer Mitteilung an die Medien Mitte November klargestellt.

Mit der Abschaffung des Zivilschutzes können keineswegs 715 Millionen Franken eingespart werden, wie die GSoA behauptet. Der von der GSoA vorgeschlagene freiwillige Gemeinschaftsdienst mit bezahltem Bildungsurlaub würde nämlich nicht nur Kosten für Ausbildung und Ausrüstung dieser Freiwilligen, sondern auch für deren bezahlten Urlaub ver-

ursachen. Einschliesslich der Sozialleistungen käme allein der Bildungsurlaub von 10 000 Freiwilligen teurer zu stehen als der gesamte Zivilschutz mit seinen rund 500 000 Dienstpflichtigen.

Für den Zivilschutz werden in der Schweiz pro Jahr und Einwohner 110 Franken aufgewendet. Im gleichen Zeitraum gibt jede Schweizerin und jeder Schweizer jedoch hundertmal mehr für Versicherungen und dreisigmal mehr für das Gesundheitswesen aus. Vergleichsweise ist der Zivilschutz also eine sehr günstige Versicherung.

Dass der Zivilschutz kein nationales Ärgernis ist, als den ihn der notorische Armee- und Zivilschutzgegner Andreas Gross und seine GSoA-Anhänger sehen wollen, wird jeder bestätigen, der die Zivilschützer bei ihren Einsätzen nach Überschwem-

mungen, Stürmen oder bei anderen Not- und Hilfseinsätzen schätzen gelernt hat. Allein in den letzten zwei Jahren wurden jeweils über 100 000 Manntage an Hilfe nach Schadeneignissen geleistet.

Die Katastrophen in den letzten Jahren haben aufgezeigt, dass die Schäden so enorm sein können, dass sie mit den ordentlichen Mitteln der Gemeinde und mit der Unterstützung einer beschränkten Zahl von Freiwilligen nicht bewältigt werden können. Es braucht vielmehr den Einsatz von vielen in einer eingespielten Organisation Tätigen und über längere Zeit hinweg. Dazu kann der Zivilschutz bereits in der jetzigen Form und noch viel mehr ab 1995 einen Dienst an der Gemeinschaft leisten, ist doch mit dem neuen Zivilschutz eine noch raschere Hilfe im Verbund mit den anderen Hilfsorganisationen geplant. □

Comité central de l'USPC: discussion animée sur des thèmes actuels

JM. Sous la direction de son Président, le Conseiller d'Etat Robert Bühler, le Comité central de l'Union suisse pour la protection civile a eu un débat approfondi sur les thèmes actuels touchant la protection civile, lors de sa réunion du 11 novembre:

Le séminaire «suggestions et propositions» du 10 octobre, organisé en vue de discuter de la nouvelle loi sur la protection civile a porté ses fruits: le Comité central a pris connaissance des demandes exprimées par la base et a pu constater que les premières préoccupations issues du séminaire suggestions et propositions ont d'ores et déjà été in-

cluses dans le projet de la nouvelle loi sur la protection civile. L'USPC continuera de participer activement à l'élaboration de la nouvelle loi. Ainsi, la prochaine mesure prévue est d'intégrer les souhaits exprimés par la base à la procédure de consultation officielle qui débutera bientôt.

L'exposé de Hendrik Baumgartner, Chef de service et Directeur des centres de l'organisation de protection civile de la ville de Berne, a fait nettement ressortir que la prise en charge des demandeurs d'asile sans logis représentait un nouveau champ d'activité plein de signification pour la protection civile. Le Président de l'USPC estime que de telles interventions humanitaires,

qui exigent beaucoup d'efforts, mais qui sont fort gratifiantes, sont des exemples à imiter.

L'initiative – absolument insensée – pour la suppression de la protection civile annoncée par le GSsA (voir encadré) donna lieu à des débats passionnés au sein du Comité central.

Par ailleurs, le Comité central décida de poursuivre l'intensification de la collaboration avec les sections à travers toute la Suisse et de donner à l'organe de presse de l'association, la revue *Protection civile*, un nouveau visage ainsi qu'un contenu plus attractif et plus conforme aux attentes des lecteurs. □

Renoncer à la protection civile coûterait cher

JM. Le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) veut supprimer la protection civile et économiser ainsi 715 millions. En revanche, elle souhaiterait introduire un service à la communauté d'au moins une année, fondé sur le volontariat, avec un congé de formation. L'Union Suisse pour la protection civile a démontré, dans son communiqué aux médias de mi-novembre, que le corps de volontaires coûterait plus cher aux contribuables que l'organisation de la PCI actuellement en place, qui a fait ses preuves.

L'affirmation du GSsA, selon laquelle il serait possible d'économiser 715 millions de francs en supprimant la protection civile, est fausse. Le service volontaire au service de la communauté préconisé par le GSsA, agrémenté d'un congé de formation de même durée, entraînerait non seulement les frais pour l'instruction et

l'équipement de ces volontaires, mais aussi pour leur congé de formation payé. En incluant les prestations sociales, le congé de formation de 10 000 volontaires reviendrait plus cher que la totalité de la protection civile avec ses quelque 500 000 personnes astreintes à servir.

Chaque citoyen suisse consacre par an en moyenne 110 francs à la protection civile. Dans le même laps de temps, il dépense toutefois cent fois plus pour les assurances et 30 fois plus pour la santé publique. Comparativement, la protection civile est donc une «assurance-vie» très avantageuse.

Toute personne qui a pu apprécier les interventions précieuses des membres de la protection civile après des inondations, des tempêtes et beaucoup d'autres situations de nécessité, peut confirmer que, contrairement à ce que veulent bien croire l'antimilitariste et anti-PCI Andreas Gross et ses dis-

iples du GSsA, la protection civile suisse n'est pas un scandale national. Rien qu'au cours des années 1990 et 1991, plus de 100 000 journées de travail ont chaque année été consacrées aux secours urgents.

Les catastrophes qui sont survenues au cours de ces dernières années ont montré que l'ampleur des dégâts peut être telle qu'il n'est plus possible d'y faire face par le recours aux moyens ordinaires et par l'engagement d'un nombre restreint de volontaires. En pareille situation, il faut pouvoir disposer de beaucoup de secouristes œuvrant dans une organisation bien rodée, qui peuvent être engagés durant une période prolongée pour procéder aux travaux de reconstruction. Aujourd'hui déjà et, mieux encore, dès 1995 la protection civile est en mesure d'intervenir rapidement au profit de la collectivité en collaboration étroite avec d'autres organisations d'entraide. □

USPC: Il Comitato centrale discute animatamente di alcuni temi attuali

JM. Sotto la guida del suo presidente, il Consigliere agli Stati Robert Bühler, il comitato centrale dell'Unione svizzera per la protezione civile si è riunito l'11 novembre per discutere ampiamente di alcuni temi di attualità per la protezione civile:

Il convegno dell'USPC del 10 ottobre organizzato allo scopo di fornire utili spunti per la nuova legge sulla protezione civile ha dato ottimi frutti: il comitato centrale ha preso atto delle preziose richieste provenienti dalla base e ha potuto constatare che i primi impulsi emersi dal convegno sono stati già accolti nel progetto per la nuova legge

sulla protezione civile. L'USPC parteciperà ancora attivamente all'elaborazione della nuova legge e prevede di far confluire le richieste provenienti dalla base nella procedura di consultazione ufficiale che sarà presto avviata.

La relazione di Hendrik Baumgartner, caposervizio e direttore del centro per richiedenti asilo dell'organizzazione di protezione civile della città di Berna, ha dimostrato che l'assistenza ai richiedenti asilo rimasti senza tetto è un campo d'attività nuovo ed utile per la protezione civile. Il presidente dell'USPC Robert Bühler ha quindi consigliato di imitare questo genere di inter-

venti umanitari che richiedono grande impegno e sono nel contempo estremamente gratificanti.

Il Comitato centrale ha poi ampiamente discusso dell'iniziativa per l'abolizione della protezione civile annunciata dal GSse (vedi riquadro).

Il Comitato centrale ha inoltre deciso di potenziare la collaborazione con le sezioni in tutta la Svizzera e di modificare l'organo portavoce dell'Unione, la rivista specializzata «Protezione civile», cercando di darle una nuova immagine e un contenuto più interessante e conforme alle aspettative dei lettori. □

Una rinuncia alla protezione civile verrebbe a costare cara

Il GSse (Gruppo per una Svizzera senza esercito) vuole abolire la protezione civile e sostituirla con un servizio volontario per la comunità con congedo per scopi di formazione. L'Unione svizzera per la protezione civile ha dimostrato nel suo comunicato stampa del 14 novembre che questo corpo di volontari verrebbe a costare ai contribuenti molto più dell'attuale organizzazione della protezione civile, così ben organizzata e sperimentata.

È stata confutata l'affermazione del GSse secondo la quale abolendo la protezione civile si potrebbero risparmiare 715 milioni di franchi. Il servi-

zio volontario alla comunità con congedo pagato per scopi di formazione, proposto dal GSse comporterebbe notevoli spese non solo per l'istruzione e l'equipaggiamento di questi volontari, ma anche per il loro congedo pagato. Compresa le prestazioni sociali, questo congedo per scopi di formazione per 10 000 volontari verrebbe a costare di più di tutta la protezione civile con le sue circa 500 000 persone obbligate a prestare servizio.

Per la protezione civile gli svizzeri spendono in media 110 franchi all'anno. Nello stesso periodo di tempo essi spendono però cento volte di più per le assicurazioni e 30 volte di più per il

sistema sanitario. In proporzione la protezione civile è quindi un'istituzione molto conveniente. E chiunque abbia visto ed apprezzato l'opera svolta dalla protezione civile per rimuovere i danni causati ad esempio da inondazioni e da intemperie può confermare che la protezione civile non è affatto questo incredibile elemento di disturbo come viene considerato dal Consigliere nazionale del PSS Andreas Gross e dai suoi seguaci del GSse. Soltanto negli ultimi due anni sono stati prestati aiuti di catastrofe per oltre 100 000 giorni/uomini. E tutti sappiamo che la riforma della protezione civile già decisa porterà un rafforzamento dell'aiuto in casi di catastrofe. □